

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Ernst Waltemathe MdB
zum Bemühen Anibal
Palmas nach Santiago
zurückzukehren: Das
Recht der Chilenen auf
Heimat. Seite 1

Hans Iven, Ehemaliger
Bundesbeauftragter für
den Zivildienst, fordert
mehr Unterstützung für
die mobilen sozialen
Dienste: Alte Menschen
vor dem Heim bewahren.
Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann
MdL, Stellvertretender
Vorsitzender der bayeri-
schen SPD, würdigt die
Ausgaben des Freistaates
für das Evangelium
Heinrich des Löwen: Die
Arbeitslosen werden
Strauß es danken.
Seite 5

39. Jahrgang / 169

3. September 1984

Das Recht der Chilenen auf Heimat

Über das Bemühen Anibal Palmas und anderer nach
Santiago zurückzukehren
Von Ernst Waltemathe MdB

Am gestrigen Sonntag sind fünf führende Politiker und ein Gewerkschaftsführer, die seit mehreren Jahren im Exil leben, trotz Einreise-Verbots mit einem Flug von Air France aus Buenos Aires nach Santiago geflogen. Unter ihnen befand sich der Sozialist Jorge Arrate, ehemaliger Bergbau-Minister in der Allende-Regierung, mit dem Alwin Brück und ich vor zwei Monaten in Bonn geredet haben. Es wurde ihnen aber nicht erlaubt, aus dem Flugzeug auszu- steigen, und nach elf Stunden am Flughafen wurden sie zurück nach Buenos Aires geschickt.

Palma, der zunächst Vize-Minister im Außenministerium, dann Erziehungsminister und zuletzt Minister im Präsi- dentenpalast in der Allende-Regierung war, lebte seit 1976 im Exil in Bremen. In seiner Abwesenheit wurde er von der Militärregierung wegen angeblicher Veruntreuung staatlicher Gelder während seiner Amtszeit angeklagt. Vor allem um sich in diesem Prozeß zu verteidigen und seine Unschuld zu beweisen, hat Palma jahrelang um eine Einreise-Erlaubnis gebeten, da der Prozeß nur dann stattfinden kann, wenn der Beschuldigte selber anwesend ist. Mit seiner Hartnäckigkeit ist er durchgekommen. Die Einreisebewilligung wurde vor einem knappen Jahr erteilt.

Vier Tage vor seinem geplanten Abflug am 28. August hat die chilenische Botschaft in Bonn ihm aber telefonisch mitgeteilt, daß der Innenminister Chiles, Onofre Jarpa, ein neues Dekret erlassen hätte, das ihm die Einreise in Chile erneut verbieten würde. Eine Begründung wurde ausdrücklich verweigert. Wie von der deutschen Lufthansa bestätigt wurde, hatte das Regime außerdem versucht, Palmas Rückkehr nach Chile zu verhindern, indem es allen Fluglinien mitgeteilt hatte, daß er in Santiago nicht aus- steigen dürfe.



Palma und seine Frau sind trotzdem abgeflogen, und eine halbe Stunde vor der Landung hat Innenminister Jarpa sein Dekret zurückgezogen. Schon im Flugzeug erfuhr Palma, daß er aussteigen dürfe, daß er aber als Untersuchungshäftling für seinen Prozeß festgenommen werden würde. Hiermit hatte er von Anfang an gerechnet. Schließlich aber durfte er in Santiago das Flugzeug nicht verlassen und mußte nach Buenos Aires weiterfliegen.

Dies ist schon das dritte Mal in anderthalb Monaten, daß ausgewiesene und exilierte Chilenen auf ihrem in der von Chile unterschriebenen und ratifizierten UNO-Menschenrechts-Charta festgelegtem Recht, in ihrer Heimat zu leben, bestanden haben. Mitte Juli sind zwei linke Politiker, Jaime Insunza und Leopoldo Ortega, innerhalb des Landes untergetaucht, um ihre Ausweisung zu vermeiden. Jetzt leben sie "irgendwo" in Chile, wo sie ihr Recht, in ihrer Heimat zu leben, wahrnehmen.

Ein noch brisanterer Fall war der von drei Kommunistenführern, die am 20. Juli nach Argentinien ausgewiesen wurden. Die argentinische Regierung hat sie zurück nach Chile mit der Begründung geschickt, daß Argentinien "keine Touristen ohne Geld annehme". Innenminister Jarpa hat sie dann nach Kolumbien fliegen lassen, von wo aus sie nach langem politischen Streit ebenso wieder nach Chile zurückgeschickt wurden.

Es ist ziemlich klar, daß Jarpa befürchtete, daß dasselbe bei Palma geschehen könnte. Die Abschaffung der Militärdiktatur im Nachbarland Argentinien hat Chile innerhalb Lateinamerika noch mehr isoliert. Im Fall von Anibal Palma kam der erhebliche Druck der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinzu. Am 28. August schickte Hans-Jürgen Wischniewski ein Telegramm an Pinochet, in dem er "auf das Energischste die sofortige Rücknahme der Willkürentscheidung, Anibal Palma nicht einreisen zu lassen", forderte.

Pinochet hat die viermonatige Winterpause in Chile ohne große Demonstrationen ausgenutzt, um zu versuchen, den politischen Spielraum, den sich die Opposition im letzten Jahr durch die Protesttage gewonnen hat, wieder einzuschränken. Sein neues "Anti-Terroristen Gesetz" erlaubt der Geheimpolizei (CNI), Personen in ihren Folterzentren für fünf Tage zu halten, bevor sie vor ein Gericht gestellt werden müssen. Seit März 1984 sind über 40 Menschen von den Sicherheitskräften ermordet worden.

Jeder individuelle Sieg gegen die Unterdrückung bedeutet deshalb einen wichtigen Schritt vorwärts für die ganze chilenische Bevölkerung in dem Kampf um ihre Freiheit. Für die Opposition ist die Rückkehr der alten Politiker auch wichtig. Zwischen 600 und 1.000 Personen hatten sich am Flughafen Santiagos eingefunden, um Palma bei seiner Rückkehr zu begrüßen. Nach elf Jahren Militärdiktatur sind die Oppositionsparteien in Chile natürlich geschwächt, einschließlich der Radikalen Partei, (die auch Mitglied in der Sozialistischen Internationale ist), zu der Palma gehört.

Die Politiker, die im Exil gelebt haben, haben an der Entwicklung Chiles nicht teilnehmen können. Sie haben aber die Gelegenheit gehabt, Menschen zu treffen, Bücher zu lesen und Erfahrungen zu sammeln, die unter dem Militärregime nicht möglich sind. Es ist unsere politische sowie humanitäre Aufgabe, weiterhin Druck auf das Militärregime auszuüben, so daß alle Chilenen die Möglichkeit haben, in ihrer Heimat zu leben.

(-/3.9.1984/ks/rs)

+ + +



Für mobile soziale Hilfsdienste

Hilfsbedürftige alte Menschen möglichst lange vor Heimaufenthalt bewahren

Von Hans Iven

Ehemaliger Bundesbeauftragter für den Zivildienst

Seit zwölf Jahren gibt es "mobile soziale Hilfsdienste", bei denen anerkannte Kriegsdienstverweigerer als Zivildienstleistende alten und behinderten Mitbürgern dabei helfen, ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Rund 4.000 ZDL'er arbeiten regelmäßig oder sporadisch bei alten Menschen und verrichten alle notwendigen Hilfeleistungen. Etwa 1.500 sind bei schwer behinderten Leuten als Helfer tätig. In etwa 300 Städten und Gebietskörperschaften gibt es "mobile soziale Hilfsdienste".

Am Anfang dieser neuen sozialen Dienstleistung gab es viele Fragen, zum Beispiel

- wie kann man so etwas organisieren?
- wie kann man das Ganze finanzieren?
- wie können die Zivildienstleistenden beaufsichtigt werden?

Die Dienste sind unterschiedlich organisiert. Es ist optimal, wenn alle am Ort vorhandenen Wohlfahrtsverbände mit der Stadt zusammen arbeiten. Dort, wo die Wohlfahrtsverbände miteinander in Konkurrenz tätig sind, gibt es gute Ergebnisse.

Bei der Finanzierung "mobiler sozialer Hilfsdienste" hat sich gezeigt, daß die Betreuten in fast allen Fällen bereit waren, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten sich an den Kosten zu beteiligen. Der Bund trägt die Kosten für die ZDL voll. Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten für die Infrastruktur (Fahrzeuge, Büro und so weiter).

Beim ersten Versuch "sozialer mobiler Hilfsdienste" 1972 in Frankfurt zeigte sich, daß eine Beaufsichtigung der ZDL überflüssig war. Wenn der junge Mann zur verabredeten Zeit nicht bei der zu betreuenden Person erschien, wurde sofort bei der Zentrale angerufen.

Es zeigte sich sehr bald, daß die manuellen Hilfeleistungen zwar sehr erwünscht sind, aber ein viel größeres Problem die Vereinsamung darstellt. Seither gibt es für die ZDL unter dem Arbeitsauftrag "Kommunikationshilfen" eine neue Aufgabe. Es gehört zur täglichen Arbeit, mit den alleine lebenden Alten zu reden beziehungsweise auch nur zuzuhören.

Eine wissenschaftliche Untersuchung, 1981 in Auftrag gegeben, hat erbracht, daß circa 30 Prozent der betreuten alten Mitbürger ohne "mobile soziale Hilfsdienste" hätten in ein Altenheim gebracht werden müssen. Die Untersuchung hat zusätzlich ergeben, daß die ZDL's mit großer Motivation an ihre Aufgaben herangehen.



Mit den Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, ist der Rat geboten, "mobile soziale Hilfsdienste" flächen- und bedarfsdeckend auszubauen. Mit ZDL's alleine ist die Aufgabe jedoch nicht zu lösen. In einigen Fällen sind arbeitssuchende Mitbürger im Rahmen von AB-Maßnahmen bei "mobilen sozialen Hilfsdiensten" eingesetzt worden. Ausländische Mitbürger haben sich in den Maßnahmen als Helfer sehr gut bewährt. Ein Einsatz nach dem Gesetz über das freiwillige soziale Jahr sollte erwogen werden.

Was wird an "mobilen sozialen Hilfsdiensten" kritisiert?

a/ Die freiwillige Hilfe in Familie, Nachbarschaft und im Freundeskreis wird gemindert.

b/ Die Finanzierung ist langfristig nicht zu sichern.

a/ Die freiwillige Hilfe wird nicht gemindert, sondern gefördert. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die Hilfe aus der Familie und der Nachbarschaft wieder in Gang kommt, nachdem der ZDL den Flur putzt - die Wohnung säubert - Einkäufe macht oder auch die alte Dame beim Spaziergang begleitet. Sagte doch eine 50jährige Tochter, sie werde ab sofort sich wieder um den Hausstand der 80jährigen Mutter kümmern; sie wünsche nicht, daß ein 20jähriger junger Mann das besorgt.

b/ Langfristig ist die Finanzierung der Heimunterbringung nicht darstellbar. Es ist politisch zu entscheiden, wie in Zukunft die Hilfe für Alter und Behinderung gesichert werden kann. Eine neue Versicherungsform ist denkbar oder die Dienstleistung wird in eine vorhandene Versicherung eingebracht. "Mobile soziale Hilfsdienste" brauchen einen relativ geringen finanziellen Aufwand.

Nach allem kann nur empfohlen werden, "mobile soziale Hilfsdienste" weiter auszubauen mit dem Ziel, hilfsbedürftige alte Mitbürger und schwer-behinderte Menschen möglichst lange vor einem Heimaufenthalt zu bewahren. Es ist vorstellbar, daß der weitere Aufbau und Ausbau von Heimeinrichtungen beendet werden kann.

(-/3.9.1984/ks/rs)

+ + +



8 Millionen aus Bayern für das Evangeliar

100.000 arbeitslose Jugendliche im Freistaat werden sich bedanken

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD

Fast acht Millionen Mark - das ist der Preis, den der Freistaat dafür bezahlen muß, daß das Evangeliar Heinrichs des Löwen nun in Niedersachsen liegt. Es ist der Preis, den die bayerische Staatsregierung samt ihrem Ministerpräsidenten in haushaltsrechtlich äußerst bedenklicher Weise (ohne Haushaltsansatz) zu zahlen bereit war, um sich mit der Feder einer vermeintlichen Kunst- und Kulturbeflissenheit zu schmücken. Es ist der Preis, den Franz Josef Strauß zu verantworten hat, um "das Verständnis zu vertiefen, daß dieses unter großen Anstrengungen erworbene Kunstwerk dazu geeignet ist, das Geschichtsbewußtsein der Deutschen zu stärken".

Vor allem beim bayerischen Steuerzahler ist eine solche Vertiefung des Verständnisses offenbar angebracht. Deshalb stellte jetzt offensichtlich die Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen den Bayern ein Kontingent an buntbebilderten Broschüren zur Verfügung, in denen der geneigte Leser nach huldvoller Einstimmung durch Franz Josef Strauß (das Zitat im ersten Absatz stammt aus diesem Vorwort) erfährt, welche Bewandnis es mit Heinrich dem Löwen, dessen Evangeliar und seinem Ankauf hat.

Ich betrachte diese Broschüre als neuerliches Ärgernis. Die bayerische Staatsregierung habe ich nun gefragt, wieviel denn diese Broschüre jetzt dem bayerischen Steuerzahler kostet und wieviele dieser Bändchen dafür im Freistaat unters Volk gebracht werden. Oder ist dies etwa der bescheidene Ersatz dafür, daß die Bayern 7,5 Millionen Mark ausgegeben haben, um den Niedersachsen eine Freude zu machen? Ein schwacher Trost. Zumal man sich fragen muß, ob eine gleichrangige Anhebung insbesondere des bayerischen Geschichtsbewußtseins nicht billiger zu haben gewesen wäre.

Diese Millionen hätten sinnvoller eingesetzt werden können. Der Ankauf von Tafelsilber, Bibliotheken und anderen Kunstschatzen, ist in Zeiten, da dringend etwas gegen Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel getan werden müßte, doch recht fragwürdig. Die bayerische Staatsregierung versteht es, falsche Prioritäten zu setzen. Sie verneint, etwas für Arbeitsplatzbeschaffung tun zu müssen, aber sie zahlt Millionen, damit Niedersachsen ein Kunstwerk mehr besitzt. Mehr als 100.000 Jugendliche im Freistaat, die ohne Arbeit und Ausbildungsplatz sind, werden sich bedanken.
(-/3.9.1984/ks/rs)

+ + +

